



MEDIENDIENST DER ÖSTERREICHISCHEN ÄRZTEKAMMER

Inhaber, Herausgeber,
Hersteller und Redaktion:
Österreichische Ärztekammer
Öffentlichkeitsarbeit
A-1010 Wien, Weihburggasse 10-12
Telefon 01/51406-3312 DW
mail: pressestelle@aerztekammer.at

arzt presse medizin

PRESSEKONFERENZ

Thema:

Was unser Gesundheitssystem jetzt braucht – die Erwartungen der ÖÄK an die nächste Bundesregierung

Teilnehmer:

OMR Dr. Johannes Steinhart

Präsident der Österreichischen Ärztekammer

Zeit:

Montag, 14. Oktober 2024, 10:00 Uhr

Ort:

Österreichische Ärztekammer

Weihburggasse 10-12, 5. Stock, Büro des Präsidenten
1010 Wien

Österreichische Ärztekammer bietet Orientierungshilfe für die Koalitionsverhandlungen an

„Jetzt beginnt die entscheidende Phase der Koalitionsverhandlungen mit der Weichenstellung für die kommenden Jahre. Sieben von neun Parteien haben betont, dass Gesundheit und Pflege in ihrem Wahlprogramm an oberster Stelle stehen. Wir werden sehr genau darauf achten und auch einfordern, dass die Gesundheitspolitik tatsächlich den Stellenwert bekommt, der ihr zusteht“, sagt ÖÄK-Präsident Johannes Steinhart.

„Das Ergebnis der Nationalratswahlen lässt langwierige Koalitionsverhandlungen erwarten. In dieser entscheidenden Zeit ist es besonders wichtig, die politisch Verantwortlichen daran zu erinnern, welche für die Zukunft der Bevölkerung wichtigen Aufgaben gerade in der Gesundheitspolitik auf sie zukommen. Die Weichen, die in den kommenden fünf Jahren gestellt werden müssen, werden unser System nachhaltig prägen. Wir wissen, dass die Menschen in Österreich sehr genau hinschauen, denn Gesundheit war für die große Mehrheit eines der zentralen Wahlmotive. Wir wissen aus eigener Erfahrung, aber auch aus aktuellen Umfragen, was unsere Patientinnen und Patienten wollen und brauchen: Nämlich Versorgungssicherheit, kürzere Wartezeiten, und ein starkes solidarisches Gesundheitssystem. Die Politik ist sich offensichtlich der Bedeutung des Themas Gesundheit und der Notwendigkeit der Absicherung von Gesundheitsleistungen für die Zukunft bewusst: Sieben von neun Parteien haben betont, dass Gesundheit und Pflege in ihrem Wahlprogramm an oberster Stelle stehen. Daran werden wir Ärztinnen und Ärzte die Politik auch in den kommenden Wochen und Monaten nachdrücklich erinnern. Wir werden weiterhin Orientierungshilfe bieten, wohin im Gesundheitssystem der Weg führen muss und wo Sackgassen sind“, sagt Johannes Steinhart, Präsident der Österreichischen Ärztekammer. In den Wahlprogrammen der politischen Parteien fanden sich sehr unterschiedliche Zugänge zur Gesundheitspolitik: „Einige Punkte finden unsere Zustimmung, über andere kann man reden. Aber ein paar politische Forderungen – Stichwort: Berufspflicht – kann und wird es mit uns nicht geben“, kommentiert Steinhart.

5 Kernforderungen für die kommenden 5 Jahre

1. Im Gesundheitssystem muss klug investiert werden – Einsparungen wären fatal

Die aktuellen Berichte um ein Milliardenloch im österreichischen Budget lassen ein erhebliches Sparpaket erwarten. „Doch eines muss ganz klar sein“, sagt Steinhart: „Der Gesundheitsbereich ist kein Posten wie jeder andere. Weitere Einsparungen in einem System, das ohnehin seit Jahren durch Kostendämpfungspfade ausgehungert wird, hätten fatale Konsequenzen für Generationen.“ Einige Baustellen der Gesundheitsversorgung müssen dringend bearbeitet werden. Stichworte sind hier z. B. der Mangel an Kassenverträgen, Personalknappheit in den Spitälern, oft unzumutbare Wartezeiten auf einen Termin in einer Ordination oder in einem Krankenhaus, und dergleichen mehr. Daher müsse man hier investieren – und zwar nicht mit der Gießkanne, sondern mit Weitblick.

„Zentral wäre etwa eine verbindliche Patientenlenkung – diese würde das System sofort entlasten und die Finanzierung wieder auf gesündere Beine stellen. Denn wenn Patientinnen und Patienten sofort zur für sie optimalen Versorgung gelangen, ist das

nicht nur für sie besser. Wir vermeiden dadurch auch, dass Ressourcen vergeudet werden“, so Steinhart. „Es gibt viele interessante Modelle im Ausland, die bereits funktionieren. Wir stehen dazu jederzeit mit unserer Erfahrung bereit, das System zu verbessern.“

Zudem müsse ein Paradigmenwechsel her: „Wenn wir verstärkt in Präventionsprogramme und die Steigerung von Gesundheitskompetenz investieren, sind das Ausgaben, die sich bezahlt machen“, sagt Steinhart. Er verweist auf eine aktuelle IHS-Studie, wonach über 8 Prozent aller Todesfälle (unter 85 Jahre) und knapp 5 Prozent der österreichischen Gesundheitsausgaben auf Adipositas zurückzuführen seien, Tendenz steigend. „Wir haben hier ein riesiges Potenzial, das es zu heben gilt, und das mit einem Weg, mit dem es nur Gewinner gibt. Wenn Menschen mehr auf ihre Gesundheit achten, und das muss bereits in der Schule beginnen, leben sie länger, genießen dabei auch mehr gesunde Jahre, und gleichzeitig wird unser System entlastet“, so Steinhart. „Das nenne ich Politik mit Weitblick.“

2. Mehr Anreize, im öffentlichen System zu arbeiten – Attraktivierung statt Druck und Zwang

Im Wahlkampf ließen vor allem ÖVP und SPÖ mit Plänen aufhorchen, Ärztinnen und Ärzte zum Dienst im öffentlichen Gesundheitssystem zwingen zu wollen. „Das ist für uns eine dunkelrote Linie, nicht nur, weil solche Zwangsmaßnahmen an Ostblock-Zeiten erinnern“, unterstreicht Steinhart. Diese Überlegungen seien ein Kniefall vor dem Populismus und die völlige Selbstaufgabe politischen Gestaltungswillens. „Selbst wenn wir außer Acht lassen, dass derartige Zwangsverpflichtungen sowohl verfassungs- als auch unionsrechtswidrig wären – ist das wirklich die maximale Denktiefe, mit der man an die Probleme herangeht?“, wundert sich Steinhart. Schließlich werde sich der Fachkräftemangel durch die Pensionierungswelle der Babyboomer – vor der die Ärztekammer übrigens schon seit fast 15 Jahren warnt – bald auch in anderen Berufsgruppen verschärfen. „Und was dann? Zwingen wir dann Pflegekräfte zum Dienst in öffentlichen Spitälern? Architekten zum Entwerfen von öffentlicher Infrastruktur? Journalistinnen und Journalisten zur Pressearbeit im öffentlichen Dienst? So funktioniert unser Gesellschaftssystem nicht – zum Glück“, sagt Steinhart. Mit solchen Maßnahmen würde Österreich einen nachhaltigen Wettbewerbsnachteil im internationalen Kampf um ärztlichen Nachwuchs erleiden, der gravierende Langzeitfolgen hätte.

„Der einzig sinnvolle Weg, um Ärztinnen und Ärzte im Land und im solidarischen Gesundheitssystem zu behalten, ist, dass man ihnen in Krankenhäusern und in Kassenordinationen Rahmenbedingungen bietet, die international konkurrenzfähig sind“, betont Steinhart: „Da wie dort brauchen wir dringend einen Bürokratieabbau und Arbeitsmodelle, die der Lebensrealität entsprechen. Der einzelne Arzt in der Ordination und der Spitalsarzt, der 100 Stunden in der Woche arbeitet – diese Modelle waren am Anfang meiner Laufbahn die Realität. Heute haben sie deutlich an Attraktivität verloren. Die junge Generation will sehr gerne ärztlich arbeiten, aber sie will auch ein erfülltes Privatleben und die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung haben. Wir können ihnen das weiterhin mit starren Kassenverträgen aus dem letzten Jahrhundert und einem Bürokratie-Overkill im Spital verwehren und uns dann wundern, warum Ärztinnen und Ärzte das ablehnen und in den Wahlarztbereich ausweichen. Oder die Politik erkennt endlich die Zeichen der Zeit und schafft den Sprung ins 21. Jahrhundert“, appelliert der ÖÄK-Präsident. „Mit Modellen von gestern werden wir die Gesundheitsversorgung von morgen nicht sicherstellen können.“

3. Schutz des solidarischen Gesundheitssystems vor Konzernisierung

Der trotz heftiger Proteste fixierte Verkauf der VAMED-Rehakliniken an ein französisches Private-Equity-Unternehmen zeige, wie groß die Gefahr einer negativen Entwicklung für das österreichische Gesundheitssystem ist, sagt Steinhart: „Unser Ansatz ist klar: Wir stehen für ein starkes und solidarisches Gesundheitssystem, für die bestmögliche Versorgung der Menschen und für die Freiberuflichkeit von Ärztinnen und Ärzten. Patientinnen und Patienten haben ein Recht darauf, dass sie einer Ärztin oder einem Arzt gegenüber stehen, für die oder den die oberste Prämisse die bestmögliche medizinische Behandlung ist. Und nicht die finanziellen Interessen eines Investors. Ärztinnen und Ärzte sollen nach medizinischen Kriterien behandeln, ohne Vorgaben von Betriebswirtin und Controllern befolgen zu müssen. Das bedeutet für uns: Freier Beruf.“

Daher brauche Österreich einen gesetzlichen Riegel zum Schutz des solidarischen Gesundheitssystems. „Gesundheit ist kein Spekulationsobjekt, mit dem gewinnorientierte Investmentgruppen eine fette Rendite einfahren können, in dem sie bei alten und kranken Menschen an Versorgungsleistungen sparen“, warnt Steinhart. Man könne in Deutschland schon sehen, wohin der Weg führt. „Etwa in den Bereichen Labormedizin, Zahnmedizin, Pflege oder auch im Apothekensegment haben sich in den letzten Jahren in großem Stil Konzerne eingekauft, die ausschließlich gewinnorientiert arbeiten. Diese konzentrieren sich auf die lukrativsten Bereiche und Operationen, erlangen marktbeherrschende Stellungen und verteuern und ruinieren schlussendlich so das Gesundheitssystem für alle. Untersuchungen und Behandlungen, die sich finanziell nicht rechnen, werden aufgeschoben oder ganz unterlassen. Das kann nicht der Weg sein, den wir wollen“, sagt Steinhart. „Es wäre verantwortungslos, unsere Gesundheitsversorgung abzuverkaufen und damit nachhaltig zu beschädigen: Staat, Patientinnen und Patienten, Ärztinnen und Ärzte – alle würden am Ende draufzahlen“, fordert der ÖÄK-Präsident eine sofortige Kurskorrektur.

4. Absicherung der Medikamentenversorgung für die Zukunft

„Auch in diesem Winter stehen uns wieder erhebliche Mängel in der Medikamentenversorgung bevor“, warnt Steinhart. Verwunderlich sei das nicht: Immer noch werden Produktionsstätten aus Europa abgezogen und nach Übersee verlagert, in gut einem Jahr wird beispielsweise nach über 100 Jahren das letzte europäische Werk schließen, das das Schmerzmittel Metamizol herstellt. „Die Medikamentenversorgung in Europa wird zunehmend löchrig wie Schweizer Käse“, urteilt Steinhart. Man höre von der Politik zwar immer wieder beschwichtigende Worte, dass man sich verstärkt für den Standort Europa und den Standort Österreich einsetzen werde, „aber die Bemühungen sind alles andere als ausreichend“, sagt Steinhart. „Winter für Winter müssen Ärztinnen und Ärzte ihren Patientinnen und Patienten erklären, warum ihre Medikamente so schwer zu bekommen sind. Winter für Winter baden wir die Versäumnisse der Politik aus – das kann es nicht sein. Wir brauchen Medikamente und Medizinprodukte, um unsere Patientinnen und Patienten zu versorgen. Wir wollen ihnen die bestmögliche Versorgung bieten, aber die mangelnde Verfügbarkeit von ganz grundlegenden Medikamenten wie Antibiotika schränkt unseren Spielraum auf unzumutbare Art und Weise ein“, so Steinhart.

Die Politik müsse deutlich entschlossener handeln: „Die Produktion von Arzneimitteln, Wirkstoffen und Medizinprodukten in Europa muss höchste Priorität haben. Wir brauchen sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene Strategien gegen die Abhängigkeit von vorwiegend asiatischen Produktionsstätten. Wir erwarten und fordern von den politisch Verantwortlichen, dass sie die Versorgung der Menschen,

die sie vertreten, vehement und nachhaltig absichern. Für die Produktion in Österreich und Europa braucht es geeignete Rahmenbedingungen und öffentliche Förderungen“, betont der ÖÄK-Präsident: „Diese Probleme und ihre Lösungen sind der Bevölkerung in sehr hohem Ausmaß bewusst: Dem aktuellen Austrian Health Report kann man entnehmen, dass für neun von zehn Befragten ein stabiler Pharmastandort Österreich sehr oder eher wichtig ist.“

5. Digitalisierung: Risiken erkennen, Chancen nutzen

„Unserer Gesellschaft ist noch gar nicht richtig bewusst, wie stark und grundlegend Künstliche Intelligenz und Maschinenlernen alle unsere Lebensbereiche, darunter auch die Medizin, beeinflussen werden“, hält Steinhart fest. „Wir Ärztinnen und Ärzte sind wir es gewohnt, dass Veränderung und Innovationen unseren Beruf prägen und wir uns laufend fortbilden müssen, um am Stand der Wissenschaft zu bleiben. Als die Leistungserbringer im System sind wir es, die mit den neuen Technologien in der Medizin arbeiten, und es wird in der Zukunft noch wichtiger sein, dass die Ärzteschaft die KI-Entwicklungen in der Medizin mitgestaltet, um nicht einfach von Industrie-Interessen überrollt zu werden.“

Steinhart sieht auch anhand internationaler Beispiele die große Gefahr einer KI-befeuerten Zwei-Klassen-Medizin, in der die einen zu Ärztin oder Arzt gehen können, während die anderen vom Computer automatisch diagnostiziert und therapiert werden. „In vielen Ländern, die ebenfalls unter einem Mangel an Ärztinnen und Ärzten im öffentlichen System leiden, gibt es Bestrebungen, diese Leistungen durch Algorithmen und KI zu ersetzen. Diesen Weg möchte ich nicht mitgehen: Der Patient muss sich jederzeit drauf verlassen können, dass er die bestmögliche Behandlung bekommt und die bestmögliche Behandlung kommt von einem Arzt, der über die besten Werkzeuge und Tools verfügt und sie richtig einzusetzen weiß“, sagt Steinhart. Er unterstreicht, dass in der KI auch viele Chancen liegen. „Wir können die digitale Transformation ohnehin nicht aufhalten, aber wir können sie mitgestalten. Die KI bietet gerade in der Interpretation bildgebender Verfahren viel Potenzial, Ärztinnen und Ärzte in ihrer Arbeit zu unterstützen. Aber klar muss auch sein: Die Letztverantwortung muss beim Arzt liegen und bei der Implementierung neuer Tools und Technologien muss die Ärzteschaft voll eingebunden werden“, so der ÖÄK-Präsident.

Denn Ärztinnen und Ärzte seien durch ihre Expertise und ihre Erfahrung im Gesundheitswesen ganz besonders gefordert, konstruktiv mitzugestalten, um Fehlentwicklungen zu verhindern. „Nur, weil etwas technisch möglich ist, ist es noch lange nicht medizinisch sinnvoll“, erinnert Steinhart an einen ärztlichen Grundsatz. Nicht nur die Bevölkerung sowie Ärztinnen und Ärzte, sondern auch die politischen Entscheidungsträger in Österreich müssten stärker für das Thema Künstliche Intelligenz sensibilisiert werden. Zudem seien neue Impulse für die Schulung von Medienkompetenz und kritischer Medienkonsumation nötig. „Nur, wenn wir uns fundiert und reflektiert mit einem großen Zukunftsthema wie Künstlicher Intelligenz befassen, können wir daran arbeiten, die KI für unsere Gesellschaft sowohl medizinisch als auch ethisch optimal einzusetzen“, hält der ÖÄK-Präsident fest.

„Zusammenfassend bedeutet das, dass unsere Gesundheitsversorgung, die in den vergangenen Jahren deutlich an Attraktivität eingebüßt hat und nicht mehr zukunftsfit ist, dringend einiger Reformen und Maßnahmen bedarf. Unsere zentralen Botschaften an die Koalitionsverhandler sind die folgenden“, fasst Steinhart zusammen:

1. Ein gut funktionierendes Gesundheitssystem kostet Geld und ist nicht billig zu haben. Die Politik muss klug investieren, weitere Einsparungen wären fatal.

2. Ärztinnen und Ärzte brauchen in Österreich stärkerer Anreize, im Land zu bleiben und im öffentlichen Gesundheitssystem zu arbeiten. Dieser Weg führt über Attraktivierung der Arbeitsbedingungen, und nicht über Druck und Zwang.
3. Die Politik ist gefordert, unser solidarisches Gesundheitssystem konsequent vor Kommerzialisierung und Ausverkauf an Investoren und Konzerne zu schützen.
4. Die Medikamentenversorgung muss für die Zukunft abgesichert werden. Das bedeutet mehr Produktionsstätten in Österreich und Europa, gute Rahmenbedingungen und ausreichend öffentliche Förderungen.
5. Künstliche Intelligenz und Digitalisierung bedeuten enorme Chancen für die Gesundheitsversorgung, aber auch potenzielle Risiken. Ärztinnen und Ärzte müssen diese Prozesse mitgestalten, um nicht von den Entwicklungen überrollt zu werden.